

# BERLINER RUNDSCHAU



Faire Mobilität  
statt rot-rot-  
grüner Schikane



## GUTES REGIEREN? GUTE FREUNDE. GUTE POSTEN.

Von dem selbst gefassten Anspruch des „Guten Regierens“ haben sich die rot-rot-grünen Koalitionäre verabschiedet. Immer sichtbarer wird aber, dass man bei Rot-Rot-Grün guten Freunden einen guten Posten verleiht.

Bei der SPD geht es um zwei Staatssekretäre, die unmittelbar dem Regierenden Bürgermeister Müller zugeordnet sind – Björn Böhning und Sawsan Chebli. Gegen den ersten ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen einer Kooperation zwischen der Senatskanzlei und der Unternehmensberatung McKinsey. Die zweite ist heftig umstritten, weil sie die Scharia als kompatibel mit dem Grundgesetz bezeichnet.

Bei der LINKEN gibt es den Fall Andrej Holm. Die linksradikale Vita Holms hat Müller jedenfalls nicht davon abgehalten, ihn in ein Regierungsamt zu setzen.

Als aber der Druck zu groß wurde, weil Holm seine Stasi-Vergangenheit verschwiegen und verniedlichte, sich selbst sogar als Opfer darstellte, erklärte der Regierende Bürgermeister mit einem schwungvollen Anflug von Basta-Politik: „...nach reiflicher Überlegung ... entschlossen, die zuständige Senatorin zu bitten, dem Senat eine Vorlage zur Entlassung des Staatssekretärs vorzulegen.“ Holm trat zurück und bekam nun wenige Wochen später einen bezahlten Beratervertrag der LINKEN im Abgeordnetenhaus.

Und jetzt die GRÜNEN: Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) soll Einfluss auf eine Auswahlkommission genommen, wenigstens geduldet,

haben, um eine erfahrene hochrangige Polizeibeamtin zur Chefin der Berliner Staatsanwälte zu machen, ohne dass diese selbst Erfahrungen als Staatsanwältin hat.

## BER: Michael Müller sollte Konsequenzen ziehen

**Die Eröffnung des Großflughafens BER musste erneut verschoben werden. Während sich Brandenburgs Flughafenkoordinator Rainer Bretschneider von der Flughafengeschäftsführung stets gut informiert fühlt, will der Regierende Bürgermeister und Aufsichtsratschef Michael Müller von den Problemen nichts gewusst haben.**

„Das Eröffnungschaos bleibt ein Desaster“, erklärt der Generalsekretär der CDU Berlin, Stefan Evers. „Am BER wird das Führungs- und Kommunikationsversagen von Michael Müller mehr als deutlich.“ Entweder sei der Regierende Bürgermeister über die Probleme mit den Türen und der Sprinkleranlage informiert worden und habe Öffentlichkeit und Parlament getäuscht oder er habe auch in

seiner Aufsichtsratsfunktion endgültig den Überblick verloren, so Stefan Evers.

Die Berliner CDU kritisiert zudem die Besetzung des BER-Aufsichtsrats. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller bleibt trotz gegenteiliger Überlegung Vorsitzender. Kultursenator Klaus Lederer und Justizsenator Dirk Behrendt zogen als seine Stellvertreter in das Kontrollgremium ein. „Die erneute Terminverschiebung macht einmal mehr deutlich, warum die Besetzung des BER-Aufsichtsrats hätte dringend verändert werden müssen“, stellt Stefan Evers klar. „Daher bleiben wir dabei, dass externer Sachverstand gestärkt werden muss, und der Aufsichtsratsvorsitz nicht von einem aktiven Politiker ausgeübt werden sollte. Michael Müller sollte deshalb Konsequenzen ziehen.“

### Berlin Impression



**Aus aktuellem Anlass** - CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters, hier mit Richard Gere und seiner Freundin Alejandra Silva am Potsdamer Platz:

„Die Berlinale war auch in diesem Jahr ein Fest der Kunstfreiheit. Seit es das Kino gibt, war es das Privileg der Filmkunst, nicht der Politik, die Welt als Schauplatz großer Emotionen erscheinen zu lassen. Auch „alternative Fakten“ und bizarre Auftritte waren bisher vor allem im Film zuhause und nicht in den Amtsstuben einer Demokratie. Ich freue mich sehr, dass das Programm der Berlinale 2017 wieder einmal politische Haltung zeigte.“

## Grütters: „Berlin braucht eine faire Mobilität statt Stau und Schikane.“

Die Koalition aus SPD, Linken und Grünen macht Politik einseitig gegen Autofahrer. Jetzt erklärte Verkehrsstaatssekretär Jens-Holger Kirchner (Grüne), man werde „es bloß einspurig machen an Hauptverkehrsstraßen“.

**Bereits vor einigen Wochen fiel der Verkehrsstaatssekretär der Grünen mit einer Bemerkung auf. In einem Tagesspiegel-Interview sagte Kirchner, dass diejenigen, die in Berlin Auto fahren würden, zu viel Zeit hätten. Mit seiner Aussage, Hauptstraßen einspurig machen zu wollen, wird die von vielen befürchtete Ideologie in der Verkehrspolitik nun Realität. So sollen 203 Millionen Euro allein in den Ausbau des Radverkehrs fließen. Die CDU kritisiert dies scharf. „So kann man eine Millionenstadt nicht organisieren“, erklärt die Landesvorsitzende der Berliner CDU, Monika Grütters. „Berlin braucht eine faire Mobilität statt Stau und Schikane auf den Straßen.“**

Die Förderung des Radverkehrs ist zwar grundsätzlich auch erklärtes Ziel der Berliner CDU, da das Fahrrad als umweltfreundliches Verkehrsmittel eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Die Christdemokraten setzen sich beispielsweise ebenfalls für den Ausbau des Radwegenetzes sowie für ein Schnellwegenetz für Radfahrer ein. Außerdem will die Partei mehr Fahrradabstellflächen und die „Park & Ride“-Angebote ausbauen, besonders an wichtigen Umsteigepunkten zu U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn. Aber der Berliner CDU gehen die rot-rot-grünen Plänen viel zu weit. Sie will eben die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen.

Ziele in der Stadt sollen per Rad, zu Fuß, mit dem öffentlichen Nahverkehr, aber auch mit dem Auto gut erreichbar sein. „Wer eine erfolgreiche Verkehrspolitik für Berlin will, muss das Miteinander suchen, statt die Stadt zu spalten!“, betont der Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers.



Die Benachteiligung einiger Verkehrsteilnehmer von Rot-Rot-Grün zeichnete sich schon im Koalitionsvertrag ab, der im November veröffentlicht wurde. Besonders ausgebremst werden die Autofahrer. Obwohl der Bund den Druck auf SPD, Linke und Grüne erhöht, will das Linksbündnis die A 100 nicht weiter verlängern. Die Parkraumbewirtschaftung soll massiv ausgedehnt und Unter den Linden soll autofrei werden. Zudem setzt Rot-Rot-Grün auf den Ausbau von Straßenbahnstrecken, wodurch sich die



Straßen noch weiter verengen. „Das ist nichts anderes als ideologisch motivierte Umerziehungspolitik von Rot-Rot-Grün“, stellt Stefan Evers fest.

Benachteiligt ist aber auch der U-Bahnverkehr. Während die CDU die U-Bahnlinie 8 bis ins Märkische Viertel, die U1 zum Ostkreuz, die U3 bis zum S-Bahnhof Mexikoplatz und die U7 zum Flughafen BER verlängern will, ist der U-Bahn-Ausbau bei Rot-Rot-Grün kein Thema. Das trifft besonders die Menschen in Reinickendorf, die auf eine Verlängerung der U8 gehofft haben. Die Enttäuschung ist auch deshalb groß, weil sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der damalige Verkehrsminister Andreas Geisel besonders im

Wahlkampf positiv über die Ausbaupläne äußerten.

Aber die Berliner CDU ist nicht nur gegen die Bevormundung und Gängelung der in Berlin lebenden Menschen. Die Partei sorgt sich außerdem um den Wirtschaftsstandort. Die Hauptstadt-CDU bezweifelt, dass bei einer Verdrängung des Individualverkehrs die Belieferung der Unternehmen mit Waren sowie der Einkauf der Menschen in Berlin sichergestellt werden können. Für die Landesvorsitzende Monika Grütters ist das im Koalitionsvertrag als Alternative angekündigte Citylogistikkonzept für eine Millionenstadt wie Berlin gänzlich ungeeignet. „Lastenfahräder können keine Lösung sein. Wir Christdemokraten stehen für einen Mobilitätsmix, der auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt fördert“, so Monika Grütters.

V.i.S.d.P.: CDU Landesverband Berlin, Dirk Reitze, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin; Redaktion: Dirk Reitze, Gina Schmelter; Satz/Bild: Stefan Liefänder; Fotos: D. Reitze, M. Grütters, privat



# Berliner CDU-Mitglieder haben viel zu sagen

Die Mitglieder der CDU Berlin haben in den letzten Wochen die Gelegenheit gehabt, ihrer Parteispitze die Meinung zu sagen. Und knapp 1500 von ihnen haben diese Möglichkeit auch genutzt. Ein erster Blick auf die Auswertung.

**Die Landesvorsitzende der Berliner Christdemokraten, Monika Grütters, hatte im Januar die Mitglieder ihrer Partei per Brief aufgefordert, Antworten auf sechs inhaltliche Fragen zu geben.**

Um die möglichen Antworten nicht zu sehr einzuengen, wurden bewusst offene Fragen gestellt. So wollte man etwa wissen, welche wesentlichen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis der letzten Abgeordnetenhauswahl gezogen werden sollten. Außerdem wurde nach der stärkeren Nutzung digitaler Beteiligungsmöglichkeiten oder der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für eine stärkere aktive Mitarbeit von Frauen gefragt. Damit jedes Argument seinen Platz finden konnte, wurde schließlich ganz offen gefragt: „Wollen Sie uns noch etwas für die politische Arbeit mit auf den Weg geben?“

Und die CDU Mitglieder wollten. Sind es bei 60 Millionen Wahlberechtigten in

Deutschland für die bekannten seriösen Wahlumfragen immer 1.000 Personen, die befragt werden, so sind die 1.500 von 12.200 Mitglieder eine sehr gute Beteiligungsquote. Die Antworten konnten anonym per Brief oder Fax und natürlich auch online



gegeben werden. Dabei ist es ein erstes interessantes Ergebnis, dass 45,4 Prozent der Teilnehmer die Möglichkeit nutzten, sich online zu beteiligen. Insgesamt erfreulich bei den Sozialdaten ist, dass die Beteiligung an der Befragung, bezogen auf Alter, Geschlecht oder regionaler Zuord-

nung sehr vergleichbar mit der sonstigen Aufteilung der Mitgliedschaft und damit auch aus diesem Gesichtspunkt heraus repräsentativ ist.

Die ganz überwiegend offen gestellten Fragen nutzten die Mitglieder ausgiebig, um eine Fülle von Themen anzusprechen. Die Antworten auf Papier wurden inzwischen in dasselbe System eingegeben, in dem zuvor die digitalen Antworten der Mitglieder eingetragen wurden. Diese Antworten müssen nunmehr unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten strukturiert und analysiert werden, was allerdings eingedenk der Tatsache, dass sich die Antworten auf beinahe 300 Seiten Fließtext summieren, etwas Zeit in Anspruch nehmen wird.

Da es neben den offenen Fragen auch eine weitere geschlossene gab, lassen sich indes bereits jetzt erste Aussagen zu den als besonders wichtig erachteten Themen treffen. Wie bei den bekannten Umfragen wurden Themen genannt, aus denen fünf von 15 in der gewünschten Rangfolge benannt werden sollten. Das mit deutlichem Abstand wichtigste Thema für die Befragten ist dabei die „Stärkung der Inneren Sicherheit“: Mehr als ein Drittel (38%) setzt dieses Thema auf Platz 1, weitere 24% auf Platz 2 und weitere 12% auf Platz 3. Gefolgt wird es von „Zuwanderung und Integration“, das für 18% der Teilnehmer das wichtigste Thema ist. 13% der Teilnehmenden geben an, dass für sie die Bildungs- und Schulpolitik oberste Priorität besitzt. Das Thema „Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt“ und „Bekämpfung der Wohnungsnot“ wird von den Teilnehmern auf den Plätzen 4 und 5 mit Abstand eingeordnet.



**Videoüberwachung:  
Ihre Meinung ist uns wichtig!**

**80 Prozent\* der Berliner unterstützen einen Ausbau der Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Sicherheitsexperten erwarten davon mehr Fahndungserfolge und eine wirksame Prävention von Straftaten.**

**Wir interessieren uns für Ihre Meinung und Ihre Vorschläge. Beteiligen Sie sich an dieser Umfrage der CDU Berlin.**

Schreiben Sie uns einfach per E-Mail an: [umfrage@cdu.berlin](mailto:umfrage@cdu.berlin), oder postalisch an: CDU Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin.

\*Forsa, Berliner Zeitung vom 30.01.2017